

Angebots-, Bewerbungs- und Vertragsbedingungen

Vergabeverfahren: Lieferung der Materialien für den Glasfaserausbau im Landkreis Osnabrück

Auftraggeber:	TELKOS Telekommunikationsgesellschaft mbH Landkreis Osnabrück Am Schölerberg 1 49082 Osnabrück
Vergabeart:	Offenes Verfahren
Angebotsfrist:	25.05.2026 12:00 Uhr
Bindefrist:	23.06.2026
Vergabenummer:	E05/26

Inhaltsverzeichnis

I.	Beschreibung der Maßnahme	4
II.	Angebots- und Bewerbungsbedingungen	4
1.	Allgemeine Angaben	4
2.	Auftraggeber und Kontaktstelle	5
3.	Ablauf des Vergabeverfahrens/Zeitplanung	6
4.	Fragen zur Ausschreibung	6
5.	Änderungen der Vergabeunterlagen	6
6.	Sprache.....	7
7.	Bietergemeinschaften/ Nachunternehmer.....	7
8.	Lose.....	7
9.	Eignungskriterien	7
10.	Angebot	8
10.1.	Leistungsverzeichnis	8
10.2.	Angebotsfrist	8
10.3.	Bindefrist	8
10.4.	Form und Inhalt der Angebote.....	8
10.5.	Weitere Anforderungen an das Angebot	9
11.	Nebenangebote	9
12.	Finanzieller Ausgleich.....	9
13.	Nachforderung von Unterlagen (§ 56 VgV)	9
14.	Ausschluss von Angeboten (§ 57 Abs.1 VgV)	10
15.	Prüfung und Wertung der Angebote.....	10
15.1.	Formale Prüfung	10
15.2.	Überprüfung der Bietereignung	10
15.3.	Prüfung der Angemessenheit der Preise	11
15.4.	Auswahl des wirtschaftlichsten Angebots	11
16.	Zuschlag.....	11
17.	Aufhebung des Vergabeverfahrens (§ 63 VgV)	11
18.	Rechtsschutz	11
III.	Vertragsbedingungen	13
1.	Rechtsgrundlagen/ Rang.....	13
2.	Allgemeine Vertragsbedingungen	13
3.	Besondere Vertragsbedingungen.....	13
4.	Abrechnung.....	14

5. Vertragsstrafe.....	14
6. Sicherheitsleistung.....	14
7. Förderbestimmungen	14
8. Datenschutzhinweis	14
IV. Inhaltsverzeichnis	15

I. Beschreibung der Maßnahme

Der Auftraggeber errichtet im Rahmen des sogenannten weißen Flecken- Förderprogramms im Landkreis Osnabrück ein flächendeckendes Glasfasernetz. Das Ausbauprojekt ist in weiten Teilen bereits abgeschlossen. In den Baulosen 4, 5, 19, 25 und 34 werden derzeit noch Bauarbeiten zur Errichtung eines gigabitfähigen Glasfasernetzes durchgeführt.

Das Vorhaben wird unter anderem aus Mitteln des Bundesförderprogramms auf Grundlage der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ vom 22.10.2015 in der jeweils geltenden Fassung, zuletzt geändert durch die Änderungsfassungen vom 02.05.2017, 03.07.2018, 15.11.2018 und 18.08.2020, finanziert. Ergänzend erfolgt eine Finanzierung aus Mitteln des Kommunalinvestitionsförderungs pakets des Landes Niedersachsen.

Die Bundesförderung beruht auf dem vorläufigen Zuwendungsbescheid des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur vom 19.12.2017 sowie auf den weiteren Zuwendungs- und Änderungsbescheiden vom 14.05.2019, 16.12.2019 und 06.12.2021 einschließlich der hierzu ergangenen Änderungsbescheide (**Anlage 05**). Die Landesförderung erfolgt auf Grundlage der entsprechenden Förderbescheide des Landes Niedersachsen vom 06.12.2021, 08.12.2021 und 19.04.2022 (**Anlage 05**).

Zweck der vorliegenden Ausschreibung ist es, Angebote von Unternehmen einzuholen, die in der Lage sind, für den Landkreis Osnabrück die zur Errichtung des passiven Netzes erforderlichen Materialien in zwei Tranchen bereitzustellen. Gegenstand der Lieferung sind insbesondere Leerrohre und Glasfaserkabel. Die Einzelheiten zu Art und Umfang der Leistungen ergeben sich aus dem Leistungsverzeichnis.

Die mit dieser Ausschreibung zu vergebenden Aufträge können sowohl an Einzelunternehmen als auch an Bietergemeinschaften vergeben werden.

Die Ermittlung der benötigten Mengen erfolgte auf Grundlage der Genehmigungsplanung.

II. Angebots- und Bewerbungsbedingungen

Das Vergabeverfahren erfolgt nach den Vorgaben des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB) und der Vergabevergabeordnung (VgV) in der im Zeitpunkt der Auftragsbekanntmachung geltenden Fassung.

1. Allgemeine Angaben

Bei dem Vergabeverfahren handelt es sich um ein offenes Verfahren nach §§ 21 Abs. 1 i.V.m 15 VgV. Das bedeutet, dass der Auftraggeber eine unbeschränkte Anzahl von Unternehmen öffentlich zur Abgabe von Angeboten auffordert und jedes interessierte Unternehmen ein Angebot abgeben kann.

Der Auftraggeber darf von den Bietern nur Aufklärung über ihre Eignung, das Vorliegen von Ausschlussgründen oder über das Angebot verlangen. Verhandlungen, insbesondere über Änderungen der Angebote oder Preise, sind unzulässig.

Das gesamte Vergabeverfahren wird in elektronischer Form abgewickelt. Dazu wird

die Vergabeplattform der „DTVP Deutsches Vergabeportal GmbH“ (nachfolgend „Deutsches Vergabeportal“) genutzt.

Dementsprechend stehen die Auftragsunterlagen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter:

<https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y9CMK6E>

Die gesamte Kommunikation im Vergabeverfahren sowie die Bereitstellung sämtlicher Vergabeunterlagen erfolgt in elektronischer Form über die Vergabeplattform DTVP.

Dies umfasst insbesondere:

- die Bekanntmachung der Ausschreibung,
- die Bereitstellung der Vergabeunterlagen,
- die Kommunikation mit Interessenten im Vergabeverfahren (Bieteranfragen, Bieterinformationen),
- im Falle von Bieterfragen die Bereitstellung eines anonymisierten Fragen- und Antwortenkataloges,
- die Angebotsabgabe,
- die Angebotsöffnung,
- die Kommunikation mit den Bietern im Nachgang (Angebotsaufklärung, Informationsschreiben an die unterlegenen Bieter, Zuschlagserteilung)

Die Bieter erhalten im Anschluss an die Submission keine Bieterliste. Dies ist in Ausschreibungen nach den Regelungen der VgV nicht vorgesehen.

Wir bitten daher von entsprechenden Nachfragen abzusehen.

2. Auftraggeber und Kontaktstelle

Auftraggeber/Vergabestelle und zuständige Stelle für die Annahme von Angeboten ist die

Auftraggeber/Vergabestelle:

TELKOS Telekommunikationsgesellschaft mbH Landkreis
Osnabrück
Am Schölerberg 1
49082 Osnabrück
Tel.: +49 541 501-2031
Fax: +49 541 501-2031
E-Mail: dirk.holtgrewe@Lkos.de

Kontaktstelle:

Wirtschaftsrat Recht Bremer & Woitag
Rechtsanwaltsgesellschaft mbH
RAin Nele Schön
Bleichenbrücke 11
20354 Hamburg

Tel.: +49 40 37669 100
Fax: +49 40 37669 222
E-Mail: n.schoen@wr-recht.de

Die Umsetzung des Projektes ist durch eine enge Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten und dem Auftraggeber gekennzeichnet.

3. Ablauf des Vergabeverfahrens/Zeitplanung

Folgender grober Zeitplan ist für den Ablauf des Vergabeverfahrens vorgesehen (Abweichungen sind möglich):

Meilensteine	Termin
Veröffentlichung der Bekanntmachung	08.05.2026
Ablauf der Angebotsfrist	25.05.2026 12.00 Uhr
Submission der Angebote	25.05.2026 12.05 Uhr
Prüfung und Wertung der Angebote	Bis KW 25
Information an unterlegene Bieter	KW 25
Zuschlagserteilung	KW 27

Die oben aufgeführten Termine können sich verschieben Terminverschiebungen werden den Bietern rechtzeitig mitgeteilt.

4. Fragen zur Ausschreibung

Fragen zu diesem Verfahren und den Vergabeunterlagen sind ausschließlich über die Kommunikationsfunktion des E-Vergabe-Systems „Deutsches Vergabeportal“ (DTVP) zu stellen.

Soweit erforderlich, werden bei Problemstellungen auch die anderen Bewerber entsprechend informiert. Dies erfolgt in Gestalt eines anonymisierten Fragen- und Antwortenkataloges, der auf dem Vergabeportal unter der Rubrik „Sonstiges“ im Reiter Vergabeunterlagen bereitgestellt wird.

Mündliche Auskünfte werden nicht erteilt.

Enthalten die Ausschreibungsunterlagen nach Ansicht des Bewerbers Unklarheiten, hat er die Kontaktstelle vor Angebotsabgabe unverzüglich in Textform darauf hinzuweisen.

5. Änderungen der Vergabeunterlagen

Soweit bis zum Ablauf der Angebotsfrist Änderungen an den Vergabeunterlagen bzw.

klarstellende Informationen erforderlich werden, werden diese Änderungen/Bieterinformationen – ebenfalls in elektronischer Form – über die Vergabeplattform zur Verfügung gestellt.

Es stehen jeweils die aktuelle Version der Vergabeunterlagen sowie alle Bieterinformationen in der Vergabeplattform zur Verfügung. Es obliegt dem Bieter, eventuelle Änderungen nachzuverfolgen und sein Angebot auf Basis der aktuellen Version der Unterlagen zu erstellen.

Soweit ein Angebot auf Grundlage einer anderen als der zuletzt eingestellten Version der Unterlagen abgegeben wird, führt dies zum Ausschluss des Angebotes.

6. Sprache

Das Angebot sowie die Nachweise der Eignung sind in deutscher Sprache abzufassen. Auch nach Zuschlagserteilung erfolgt der vertragliche Austausch in deutscher Sprache; so sind z. B. Rechnungen, Lieferscheine etc. in Deutsch zu verfassen. Sämtliche Ansprechpartner des Bieters müssen der deutschen Sprache mächtig sein.

7. Bietergemeinschaften/ Nachunternehmer

Bei Inanspruchnahme von Subunternehmen oder der Bildung von Bietergemeinschaften sind die beteiligten Unternehmen zu benennen und die entsprechenden Eignungsnachweise zu erbringen.

Bietergemeinschaften haften gesamtschuldnerisch. Zusätzlich ist bei Vorliegen von Bietergemeinschaften die "Erklärung der Bietergemeinschaft" (**Anlage 02 Formblatt L_234_Erklärung_Bietergemeinschaft**) abzugeben.

Bei Einsatz von Nachunternehmern ist das "Verzeichnis der Leistungen Unterauftragnehmer / anderer Unternehmen" (**Anlage 03 Formblatt L_235_Nachunternehmer**) einzureichen.

8. Lose

Der Auftrag ist in zwei Lose unterteilt. **Los 1** umfasst die Lieferung von Kabeln, **Los 2** die Lieferung von Leerrohren mit Kleinmaterial, jeweils für den Ausbau der Baulose 4, 5, 19, 25 und 34 sowie einschließlich einer pauschalen Materialreserve. Die näheren Einzelheiten zum Umfang der geschuldeten Leistungen ergeben sich aus der beigefügten Leistungsbeschreibung.

9. Eignungskriterien

Der Auftrag wird nur an Unternehmen vergeben, die die in der Bekanntmachung festgelegten Eignungskriterien erfüllen und bei denen keine Ausschlussgründe in entsprechender Anwendung der §§ 123 und 124 GWB vorliegen.

Die Anlage 01 Formblatt L_124_Eigenerklärung zur Eignung ist zwingend und vollständig ausgefüllt einzureichen.

10. Angebot

Das Angebot hat zwingend das vollständig ausgefüllte und unterzeichnete Leistungsverzeichnis für Los 1 – Glasfaserkabel (**Anlage 07a**) und/oder Leistungsverzeichnis für Los 2 – Leerrohre mit Kleinmaterial (**Anlage 07b**) sowie die nachfolgend aufgeführten weiteren Anforderungen zu enthalten.

10.1. Leistungsverzeichnis

Für das Angebot ist das von dem Auftraggeber vorgegebene Leistungsverzeichnis (**Anlage 07a, 7b**) für das jeweilige Los zu verwenden.

Änderungen an dem Leistungsverzeichnis führen zum Ausschluss des Angebots.

Die Vergabe des Auftrags erfolgt mittels Gesamtpreisvertrag.
Alle Preise sind in Euro mit höchstens zwei Nachkommastellen anzugeben und an der dafür vorgesehenen Stelle in das Leistungsverzeichnis einzusetzen.
Die Preise sind ohne Umsatzsteuer anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Schluss des Angebotes hinzuzufügen.

10.2. Angebotsfrist

Die Angebote sind einzureichen bis zum

25.05.2026 12:00 Uhr

10.3. Bindefrist

Die Bindefrist für die Angebote beginnt mit Ablauf der Angebotsfrist und endet am

23.06.2026

10.4. Form und Inhalt der Angebote

Die Angebote sind elektronisch in Textform und in deutscher Sprache über die elektronische Vergabepattform DTVP abzugeben, indem die erforderlichen Unterlagen jeweils einzeln und mit Bezeichnung des Inhalts als PDF-Datei über das dafür vorgesehene Bietertool des Deutschen Vergabeportals hochgeladen werden.

Die Angebote sind ausschließlich elektronisch einzureichen unter:

<https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y9CMK6E>

Die Angebote haben zwingend das vollständig ausgefüllte Leistungsverzeichnis zu

enthalten. Diese Unterlage kann nicht nachgefordert werden; die Nicht-Abgabe führt zum Ausschluss des Angebotes Die Angebote müssen die geforderten Preise enthalten.

Die Angebote müssen ebenso die geforderten Erklärungen und Nachweise enthalten, sodass die Eignung lückenlos festgestellt werden kann.

Das Angebot ist auf Grundlage der Vergabeunterlagen zu erstellen. Diese sind verbindliche Grundlagen der Angebote. Änderungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig. Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Soweit Preisnachlässe gewährt werden, gehen diese nur in die Angebotswertung ein, wenn sie ohne Bedingungen auf die Abrechnungssumme für das Angebot gewährt werden. Nicht zu wertende Preisnachlässe bleiben Teil des Angebotes und werden im Falle einer Auftragserteilung Vertragsbestandteil. Preisnachlässe sind an der dafür vorgesehenen Stelle in das **Formblatt L_213_Angebotsschreiben für Los 1 und Los 2 (Anlage 06a und 06b)** einzutragen.

10.5. Weitere Anforderungen an das Angebot

Folgende weitere Unterlagen und Nachweise sind mit dem Angebot einzureichen:

- **Eignungsnachweise gemäß der Bekanntmachung**
- **Formblatt L_124_Eigenerklärung zur Eignung**
- **Bei Bietergemeinschaften: Formblatt L_234_Erklärung Bietergemeinschaft für Los 1 und 2**
- **Bei Nachunternehmereinsatz: Formblatt L_235_Nachunternehmer für Los 1 und Los 2**
- **Angebotsschreiben: Formblatt L_213_Angebotsschreiben für Los 1 und Los 2**
- **Vollständig ausgefülltes Leistungsverzeichnis für das jeweilige Los nebst der entsprechenden Produktdatenblätter**
- **Erklärung Bezug Russland**
- **Erklärung zur Kenntnisnahme der Zuwendungsvoraussetzungen und Nebenbestimmungen**

11. Nebenangebote

Nebenangebote sind nicht zulässig.

12. Finanzieller Ausgleich

Die Bieter erhalten für die Erstellung oder die Einreichung ihres Angebots keinen finanziellen Ausgleich oder anderweitige Entschädigungen.

13. Nachforderung von Unterlagen (§ 56 VgV)

Fehlende Unterlagen werden gem. § 56 Abs. 2, 3, 4 VgV nachgefordert.

14. Ausschluss von Angeboten (§ 57 Abs.1 VgV)

Von der Wertung ausgeschlossen werden Angebote von Unternehmen, die die Eignungskriterien nicht erfüllen oder bei denen Ausschlussgründen vorliegen. Darüber hinaus werden Angebote von der Wertung ausgeschlossen, die nicht den Erfordernissen des § 53 VgV genügen, insbesondere:

1. Angebote, die nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten,
2. Angebote, die nicht die geforderten oder nachgeforderten Unterlagen enthalten,
3. Angebote, in denen Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen nicht zweifelsfrei sind,
4. Angebote, bei denen Änderungen oder Ergänzungen an den Vergabeunterlagen vorgenommen worden sind,
5. Angebote, die nicht die erforderlichen Preisangaben enthalten, es sei denn, es handelt sich um unwesentliche Einzelpositionen, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen, oder
6. nicht zugelassene Nebenangebote.

Die Verwendung eigener AGB ist unzulässig und führt zum Ausschluss der Angebote.

15. Prüfung und Wertung der Angebote

Die nicht ausgeschlossenen Angebote geeigneter Bieter werden auf die Einhaltung der gestellten Anforderungen, insbesondere in rechnerischer, technischer und wirtschaftlicher Hinsicht überprüft.

Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt.

Die Prüfung und Wertung der Angebote erfolgen gemäß den nachfolgenden Schritten.

15.1. Formale Prüfung

Die Angebote werden zunächst auf Vollständigkeit sowie fachliche und rechnerische Richtigkeit hin überprüft. Formal oder inhaltlich mangelhafte Angebote werden ausgeschlossen.

15.2. Überprüfung der Bieterleistung

Die Bieterleistung wird anhand der beizubringenden Leistungsnachweise überprüft. Es werden anhand der vorgelegten Nachweise die Angebote der Bieter ausgewählt, deren Leistung die für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen notwendige Sicherheit bietet; dies bedeutet, dass sie die erforderliche Fachkunde und Leistungsfähigkeit besitzen, keine Ausschlussgründe in entsprechender Anwendung der §§ 123 und 124 GWB vorliegen und sie über ausreichende technische und wirtschaftliche Mittel verfügen.

15.3. Prüfung der Angemessenheit der Preise

Der Auftraggeber prüft die Angemessenheit der angebotenen Preise nach § 60 VgV. Ausgeschlossen werden Angebote, die offenbar in einem preislichen Missverhältnis zur ausgeschriebenen Leistung stehen.

15.4. Auswahl des wirtschaftlichsten Angebots

Die Auswahl des wirtschaftlichsten Angebots erfolgt ausschließlich **anhand des Preises**. Das Angebot mit dem günstigsten Preis erhält den Zuschlag. Bei identischem Preis entscheidet das Los.

16. Zuschlag

Die Auftragserteilung erfolgt auf das wirtschaftlichste Angebot. Das Angebot mit dem günstigsten Preis erhält den Zuschlag.

17. Aufhebung des Vergabeverfahrens (§ 63 VgV)

Der Auftraggeber ist berechtigt, ein Vergabeverfahren ganz oder teilweise aufzuheben, wenn

1. kein Angebot eingegangen ist, das den Bedingungen entspricht,
2. sich die Grundlage des Vergabeverfahrens wesentlich geändert hat,
3. kein wirtschaftliches Ergebnis erzielt wurde oder
4. andere schwerwiegende Gründe bestehen.

Im Übrigen ist der Auftraggeber grundsätzlich nicht verpflichtet, den Zuschlag zu erteilen.

Der Auftraggeber teilt den Bietern nach Aufhebung des Vergabeverfahrens unverzüglich die Gründe für seine Entscheidung mit auf die Vergabe eines Auftrages zu verzichten oder das Verfahren erneut einzuleiten. Auf Antrag teilt er ihnen dies in Textform nach § 126b des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) mit.

18. Rechtsschutz

In Bezug auf die Rechtsschutzmöglichkeiten von Bietern gelten die §§ 155 ff. GWB. Zu beachten ist insbesondere § 160 GWB:

- (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.
- (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Ein Unternehmen ist nicht antragsbefugt, soweit es sich auf die Unwirksamkeit einer Rechtsverordnung nach § 5 des

Bundestariftreuegesetzes beruft, wenn die Unwirksamkeit dieser Rechtsverordnung nicht durch rechtskräftigen Beschluss nach § 98 Absatz 4 Satz 1 des Arbeitsgerichtsgesetzes festgestellt ist. Das Unternehmen hat darzulegen, dass ihm durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

In Bezug auf Form und Inhalt des Nachprüfungsantrags gilt nach § 161 GWB:

- (1) Der Antrag ist schriftlich bei der Vergabekammer einzureichen und unverzüglich zu begründen. Er soll ein bestimmtes Begehren enthalten. Ein Antragsteller ohne Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt, Sitz oder Geschäftsleitung im Geltungsbereich dieses Gesetzes hat einen Empfangsbevollmächtigten im Geltungsbereich dieses Gesetzes zu benennen.
- (2) Die Begründung muss die Bezeichnung des Antragsgegners, eine Beschreibung der behaupteten Rechtsverletzung mit Sachverhaltsdarstellung und die Bezeichnung der verfügbaren Beweismittel enthalten sowie darlegen, dass die Rüge gegenüber dem Auftraggeber erfolgt ist; sie soll, soweit bekannt, die sonstigen Beteiligten benennen.

Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren:

Vergabekammer Niedersachsen beim Nds. Ministerium für Wirtschaft,
Arbeit und Verkehr
Auf der Hude 2
21339 Lüneburg
Deutschland

Telefon: +49 413115 / 3306/ 3308
Telefax: +49 413115 / 2943
vergabekammer@mw.niedersachsen.de

III. Vertragsbedingungen

1. Rechtsgrundlagen/ Rang

Rechtsgrundlagen der Beauftragung sind insbesondere die folgenden Regelungen:

- (1) Die Vergabeunterlagen des Auftraggebers,
- (2) Angebot des Auftragnehmers.

Im Falle von Widersprüchen, die im Wege der Auslegung nicht aufzulösen sind, Lücken oder der Unwirksamkeit einzelner Regelungen geht die Vergabeunterlage dem Angebot vor, es sei denn, die Vergabeunterlage lässt eine Abweichung ausdrücklich zu.

2. Allgemeine Vertragsbedingungen

Es gelten die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B). Diese sind Bestandteil des mit dem Unternehmen zu schließenden Vertrages.

**Darüber hinaus gelten auch folgende besondere
Vertragsbedingungen:**

3. Besondere Vertragsbedingungen

Die Besonderen Vertragsbedingungen ändern oder ergänzen die Allgemeinen Vertragsbedingungen. Die besonderen Vertragsbedingungen gehen, sofern sich Abweichungen zu den Allgemeinen Vertragsbedingungen ergeben, diesen vor.

Es gelten die im Portal beigefügten Besonderen und Zusätzlichen Vertragsbedingungen gemäß der **Anlage 10 Formblatt_L_214_Besondere Vertragsbedingungen** und **Anlage 11 Formblatt_L_215_Zusätzliche Vertragsbedingungen**.

Weitere besondere Vertragsbedingungen ergeben sich aus den Leistungsverzeichnis (**Anlage 07a, 07b**).

4. Abrechnung

Die Rechnung ist kumulativ aufzustellen. Die Rechnung muss neben den in der Projektbeschreibung genannten Anforderungen alle Anforderungen der **Anlage 09** Hinweisblatt Mittelanforderungen für Breitbandausbauprojekte erfüllen.

5. Vertragsstrafe

Die Vertragsstrafe beträgt maximal 5 % der Auftragssumme (ohne Umsatzsteuer).
Etwaige Schadensersatzansprüche wegen Verzögerung der Leistung bleiben hiervon unberührt.

6. Sicherheitsleistung

Es ist eine Sicherheit in Höhe von 5 % der Auftragssumme (inkl. Umsatzsteuer, ohne Nachträge) für die Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen des Auftragnehmers aus dem Vertrag, einschließlich Gewährleistung, zu leisten. Die Sicherheit kann wahlweise durch Hinterlegung von Geld oder durch Bürgschaft geleistet werden.

7. Förderbestimmungen

Es sind die Förderbestimmungen des Bundes nebst Anlagen zu berücksichtigen.

8. Datenschutzhinweis

Die von den Unternehmen erbetenen personenbezogenen Angaben werden im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert. Die Angaben sind Voraussetzung für die Berücksichtigung des Angebotes.

Ende der besonderen Vertragsbedingungen.

IV. Inhaltsverzeichnis

Anlage 01:	Formblatt L_124_Eigenerklärung zur Eignung
Anlage 02a+b:	Formblatt L_234_Erklärung Bietergemeinschaft für Los 1 und Los 2
Anlage 03a+b:	Formblatt L_235_Nachunternehmer für Los 1 und Los 2
Anlage 04a+b:	Formblatt L_236_Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen für Los 1 und Los 2
Anlage 05:	Zuwendungsbescheide
Anlage 06a+b:	Formblatt L_213_Angebotsschreiben für Los 1 und Los 2
Anlage 07a:	Leistungsverzeichnis – Los 1 Glasfaserkabel
Anlage 07b:	Leistungsverzeichnis – Los 2 Leerrohre mit Kleinmaterial
Anlage 08:	Erklärung Kenntnisnahme Zuwendungsvoraussetzung und Nebenbestimmungen
Anlage 09:	Hinweisblatt Mittelanforderungen für den Breitbandausbau
Anlage 10:	Formblatt_L_214_Besondere Vertragsbedingungen
Anlage 11:	Formblatt_L_215_Zusätzliche Vertragsbedingungen
Anlage 12:	Formblatt L_127_Erklärung Bezug Russland